

SEPP



sozialistisch-emanzipatorisches positions-papier

Das Wort zum Sommer

Liebe Genossinnen und Genossen,



Sommer 2007. Ein Hauch von Veränderung liegt über dem Land. Für die CSU herrscht Stoiberdämmerung. Nach 14 Jahren an der Spitze des Freistaates und nach 9 Jahren als Chef der Staatspartei muss er nun gehen und die

CSU versinkt im Chaos:

- Um den Parteivorsitz tobt ein **Erfolgskrieg**.
- Ein potentieller CSU-Chef aus Niederbayern muss sich den Vorwurf gefallen lassen, die **Parteisatzung gebrochen zu haben**, nachdem man den Landshuter OB-Kandidaten Rampf 2004 nicht aus der Partei ausgeschlossen hat.
- bei der CSU im Landkreis Ansbach sind **Frauen unerwünscht**. Unter den ersten 60 von 70 Listenplätzen für die Kreistagswahl war keine einzige Frau!
- ein anderes Frauenproblem der CSU hat einen Namen – Pauli, **Lattex-Landrätin** aus Fürth.
- **Sex-Skandal** in der altherwürdigen Bischofsstadt **Passau**! Gegen den engsten Mitarbeiter von **CSU-OB Albert Zankl** laufen Ermittlungen wegen „Erregung öffentlichen Ärgernisses“. Zankl selbst verteidigte zunächst noch seinen Mitarbeiter gegen Kritik.
- Bei der CSU in **Regensburg** geht's ganz schön **rechtsextrem** zu. Eigentlich ein Fall für den **bayerischen Verfassungsschutz**!
- **Weiden**. Kreisfreie Stadt in der Oberpfalz. Zunächst Synonym für eine unglaubliche Provinz-Posse: Ein **mehr-**

fach vorbestrafter CSU-Oberbürgermeister ist einfach nicht aus dem Amt zu entfernen. Bei der CSU sah man keinen Grund für ein Amtsenthebungsverfahren. Nach 31 Jahren dann endlich der Abgang – aus gesundheitlichen Gründen, wie es hieß.

- **Weiden**. Immer noch kreisfreie Stadt in der Oberpfalz, jetzt aber **Synonym für den Niedergang der CSU**. Die BürgerInnen haben bei der OB-Stichwahl am 29. Juli einen Schlusstrich unter das jahrzehntelange „CSU-System“ gezogen und **Kurt Seggewiß** von der **SPD** mit **59%** zum neuen Oberbürgermeister gewählt!

Liebe Genossinnen und Genossen,

im Frühjahr 2008 sind in Bayern Kommunalwahlen. Und die Ausgangslage für die SPD ist durchaus gut. Die CSU hat so viele eigene Probleme, dass die Bürgerinnen und Bürger immer weniger Zutrauen in diese Partei haben. In den Großstädten Bayerns **stellt die SPD mehr Oberbürgermeister als die CSU**, mit Kurt Seggewiß ist gerade ein weiterer hinzugekommen.

Diese hohe Kompetenz der erfolgreichen SPD-KommunalpolitikerInnen gilt es, im Wahlkampf deutlich herauszustellen. Wir alle gemeinsam müssen den Bürgerinnen und Bürgern vermitteln, dass sozialdemokratische Kommunalpolitik eine Erfolgsstory ist und dass sozialdemokratische Kommunalpolitik um ein vielfaches gerechter und zukunftsorientierter ist, als die althergebrachten Rezepte der CSU.

Auch in Niederbayern haben wir dabei gemeinsam mit der SPD viel vor:

- In **Straubing** regiert die SPD seit langer Zeit mit **OB Reinhold Perlak** an der Spitze. Das muss auch nach 2008 so bleiben.
- In **Dingolfing-Landau** stellt sich einer der erfolgreichsten und beliebtesten

Landräte Niederbayerns zur Wiederwahl: unser **Genosse Heinrich Trapp**.

- In **Passau** bewerben sich gleich zwei äußerst kompetente SPD-PolitikerInnen um kommunale Spitzenämter: **MdL Jürgen Dupper** für das Amt des **Passauer Oberbürgermeisters** und **MdB Jella Teuchner** für das Amt der **Landrätin**.
- In **Eggenfelden** ist es höchste Zeit, dass das Rathaus nach sechs mageren Jahren für die Stadt endlich wieder **rot** wird.
- In **Bodenmais** und **Ortenburg** bewerben sich mit **Michael Adam** und **Andreas Winterer** zwei führende Jusos um das Amt des **ersten Bürgermeisters**. Sicherlich sind sie niederbayernweit nicht die einzigen.

Daneben kandidieren überall in Niederbayern mehrere Jusos auf den Gemeinderats- und Kreistagslisten der SPD. In der NiederbayernSPD hat Jugend Zukunft!

Liebe Genossinnen und Genossen,

auch wenn der Kommunalwahlkampf viele von uns zeitlich stark in Anspruch nehmen wird – eines werden wir trotzdem nicht aus dem Auge verlieren: eine qualitativ hochwertige Bildungsarbeit für unsere jüngeren und neuen Mitglieder.

Bis zur nächsten Bezirkskonferenz werden noch folgende Seminare der Jusos Niederbayern stattfinden:

- **Neumitglieder-Tagesseminar am 06. Oktober**
- **Wochenendseminar Rechtsextremismus vom 16.-18. November**
- **Tagesseminar „Internationales“**
- **Tagesseminar „Umwelt“**
- **Wochenendseminar „Sozialstaat“ vom 07.-09. März 2008**

Einladungen und weitere Infos zu den Seminaren erhaltet ihr natürlich rechtzeitig wie gewohnt über den Newsletter der Jusos Niederbayern. Wir freuen uns heute schon auf eure zahlreiche Teilnahme!

Einen schönen Sommer wünscht euch

Thomas Asböck,
stellv. Juso-Bezirksvorsitzender

Rottal-Inn: Rap gegen Rechts und ein Bündnis für die Toleranz



Gaben dem Bündnis für Demokratie und Toleranz im Landkreis ihre Stimme (von links): MdL Eike Hallitzky, Juso-Kreisvorsitzender Thomas Asböck, Bürgermeister Werner Schießl, MdL Reserl Rem, Sophia Lüttwitz (Sprecherin der Grünen Jugend im Landkreis), Hans-Dieter Schenk vom DGB Landshut und MdB Florian Pronold. (Foto: PNP)

Die Parteien im Landkreis Rottal-Inn ziehen künftig an einem Strang, wenn es darum geht, rechtsextremen Organisationen Einhalt zu gebieten. Bei einer Versammlung am Montagabend in der Sportgaststätte wurde das „Bündnis für Demokratie und Toleranz im Landkreis Rottal-Inn“ ins Leben gerufen.

Dieser Runde Tisch gegen Rechts will mit Aktionen und Veranstaltungen Aufklärungsarbeit betreiben. Es war die politische Jugend des Landkreises, die die Idee zu diesem Bündnis hatte. Sophia Lüttwitz (Sprecherin der Grünen Jugend Rottal Inn) und **Thomas Asböck (Juso-Kreisvorsitzender)** hatten vor vier Monaten in gemeinsamen Gesprächen die Problematik der rechtsextremen Parteien erläutert.

„So betreibt die NPD auch bei uns im Landkreis Mitgliederwerbung, und zwar bereits bei den Jugendlichen. Sie verteilt CDs auf dem Schulhof, schürt Ressentiments gegenüber Bürgern ausländischer Abstammung und lockt die Jugendlichen mit Freibier-Aktionen“, schildert Thomas Asböck die Situation. Die Tatsache, dass die Rechtsextremisten gerade die Jugend ins Visier genommen hätten und in dieser Zielgruppe auf Mitgliederfang gingen, sei äußerst bedenklich, besonders, weil Rechtsextremismus sich schon längst nicht mehr mit Springerstiefeln und Bomberjacken präsentiert.

„Das Bild hat sich gewandelt, nun präsentiert sich Rechtsextremismus auch in Form von Grillfeiern für Familien. Rechte Politik will eine Alternative sein - das

müssen wir verhindern“, bekräftigt auch Sophia Lüttwitz. Unterstützung bekommt der politische Nachwuchs dabei vom DGB. „Faschismus ist kein Gedankengut. Faschismus ist ein Verbrechen“, so Hans-Dieter Schenk vom DGB Landshut, der das gewerkschaftliche Engagement gegen Rechts vorstellt und klar macht, dass der „Rechtsextremismus in biederem Nadelstreifen“ immer mehr Anhänger finde – gerade weil seine Vertreter so seriös daher kämen, sich so bürgernah geben würden.

Dabei sei es meist klassische Sündenbock-Mentalität, so **MdB Florian Pronold**, mit der rechtsextreme Parteien auf Mitgliederfang gingen: „Sie suchen einfach die Ursache für die Missstände in der Gesellschaft bei jemand anderem – man verweist auf Leute, die in der Hierarchie unter einem stehen“, schildert der Bundestagsabgeordnete die Gefahr.

Wie sehr dieses Thema die Region bewegt, zeigte die große Resonanz, die die Veranstaltung hervorgerufen hatte. So signalisierten neben MdB Florian Pronold (SPD) auch die Landtagsabgeordneten Reserl Sem (CSU) und Eike Hallitzky (B'90/Die Grünen), Eggenfeldens Bürgermeister Werner Schießl (FWG) mit seiner Stellvertreterin Johanna Leipold (SPD), Massings 2. Bürgermeister Christian Thiel sowie zahlreiche weitere Vertreter der politischen Parteien mit ihrer Anwesenheit ihre Unterstützung für die Aktion. Landrätin Bruni Mayer, Simbachs Bürgermeister Richard Findl, Bezirksrat Dr. Franz Lichtnecker und Mitterskirchens Rathauschef Georg Hölzl hatten sich vorab entschuldigt.

Trotzdem war Thomas Asböck enttäuscht, dass er nur von so wenig Kommunalpolitikern eine Rückmeldung erhalten hat: „Ich habe alle Bürgermeister der Gemeinden angeschrieben, doch nur die wenigsten haben mir geantwortet“, bedauerte er. Nichtsdestotrotz war er erfreut, dass trotz Pfingstferien und Biergartenwetter gut 60 Interessierte zur Gründungsversammlung des „Bündnisses gegen Rechts“ gekommen waren – auch wenn darunter einige Vertreter mit politisch rechter Gesinnung waren.

Ein Polizeiaufgebot war vorsichtshalber schon einmal vor die Eggenfeldener Sportgaststätte beordert worden. Am Ende jedoch blieb die Versammlung friedlich – und wurde zum Schluss sogar noch musikalisch. „Ferhat MC“, eine Hälfte des Rap-Duos „Twintag“ und seit

seiner Kindheit in Eggenfelden lebender Ausländer, eröffnete den Besuchern spontan seine Ansichten, wie man mit Rechtsextremismus umgehen soll. Begleitet vom Beifall der Zuschauer reimte er im „Rap gegen Rechts“ aus dem Stegreif heraus über Springerstiefel und Bomberjacken und forderte mit einem lautstarken „Yo“ das Publikum auf, mit erhobener Faust die Unterstützung im Kampf gegen Rechts zu signalisieren.

So viel Appell zeigte Wirkung: Zu den 43 Erstunterzeichnern des Bündnisses gegen Rechts kamen an diesem Abend noch einige mehr hinzu. Wie es nun weiter geht, wird bei den nächsten Treffen genauer erläutert. Neben aufklärenden Veranstaltungen und Aktionen sollen mit dem Bündnis vor allem rechtsextreme Kundgebungen im Landkreis verhindert werden.

Passauer Neue Presse, Landkreis Rottal-Inn, 06.06.2007

Gewalt gegen niederbayerische Frauen - Jusos und ASF zu Besuch beim Frauennotruf in Deggendorf



Die Jusos Nicole Artmeier (1. v.l.) und Katja Ertl (3. v.l.), die ASF-Vertreterinnen Waltraud Weigel (4. v.r.) und Irmgard Bürk (2. v.r.) sowie weitere Jusos nach dem Gespräch mit Brigitte Scholz-Eppig (3. v.r.) und Karolina Stechele (2. v.l.) vom Frauennotruf Deggendorf

„Die Fälle werden immer schwieriger“, berichtete Karolina Stechele, Psychologin des Frauennotrufs Deggendorf, den Jusos und der ASF bei einem Informationsbesuch. Die SPD-Damen und der Parteinachwuchs informierten sich in Deggendorf bei der einzigen Beratungsstelle für misshandelte und missbrauchte Frauen in Niederbayern. Dabei erfuhren sie von Stechele und Dr. Brigitte Scholz-Eppig, der Vorsitzenden des Trägervereins, dass

im vergangenen Jahr etwa 150 Frauen die Hilfe des Notrufs gesucht haben, der mit zwei Teilzeit-Kräften von Montag bis Freitag persönliche und telefonische Beratung bietet.

In früheren Jahren habe es mehr Klientinnen gegeben, erklärte Stechele, doch da die Frauen, die von ihren Ehemännern misshandelt werden, seit der Einführung von Hartz IV noch größere Schwierigkeiten haben, sich von ihnen zu trennen und auch die Anzahl psychisch kranker Opfer steige, sei fast jeder Einzelfall zeitaufwändiger geworden. Zudem stellten sie fest, dass das Durchschnittsalter der Frauen, die eine Beratung suchten, allmählich steige, weil sich Tabus auflösten, die Frauen früher an einen gewalttätigen Mann gebunden hätten.

In die Beratungsstelle, so Scholz-Eppig, kämen fast ausschließlich Deutsche, hauptsächlich aus dem Landkreis Deggendorf, aber auch aus anderen Teilen Niederbayerns. Allerdings hätten viele misshandelte Frauen Schwierigkeiten, zu einem persönlichen Gespräch zu kommen, da sie eine Entdeckung durch ihren Partner fürchten müssten, zumal wenn sie auf dem Land oder in weiter Entfernung lebten. Für manche sei sogar ein Telefonanruf fast unmöglich, weil sie nur von einem öffentlichen Telefon aus heimlich anrufen könnten. Bei diesen Anrufen blieben die Frauen aus Angst oft anonym, so dass der Frauennotruf bei einem Drittel seiner Klientinnen nicht weiß, woher genau diese kommen.

Der zweite Schwerpunkt der Beratungsstelle ist die Betreuung missbrauchter Mädchen und Frauen. Diese macht ungefähr die Hälfte der Fälle aus. Dabei kommt der Kontakt zur Betroffenen besonders oft über Dritte, etwa Lehrer oder Bekannte, zustande, so Stechele.

Der Frauennotruf finanziert sich zum Teil aus Zuschüssen des Landkreises Deggendorf und der Regierung von Niederbayern, die allerdings von Jahr zu Jahr neu ausverhandelt werden müssen. Zum anderen weist die Deggendorfer Justiz den Beraterinnen Bußgelder zu. Ansonsten sind sie auf Spenden, Mitgliedsbeiträge und ehrenamtliche Mitarbeit angewiesen.

Die SPD-Vertreter zeigten sich von den Informationen und Fallschilderungen tief beeindruckt. „Es ist einfach nur erschreckend, dass vielen Frauen heutzutage immer noch großer psychischer und physischer Schaden zugefügt wird und es so

schwierig erscheint, den Betroffenen angemessen zu helfen.“, so Katja Ertl von den Jusos Deggendorf.

Katja Ertl,
stellv. Juso-Bezirksvorsitzende

Jusos Straubing: Mindestlöhne, ein ursozialdemokratischer Standpunkt

Trotz gegenteiliger Entscheidung der großen Koalition diskutierten die in der Partei klar links positionierten Jusos im UB Straubing / Bogen über die notwendige Einführung der Mindestlöhne. Auf Einladung des Unterbezirks der Jusos hielt Stadtrat Fritz Keller einen Vortrag über das Jugendparlament. Ebenfalls referierte der Verwaltungsrat für Jugendfragen der Stadt Straubing und SPD-UB-Vorsitzender Peter Stranninger über die soziale Politik in der Stadt Straubing.



Von links nach rechts: Judith Kammermeier, Andreas Gingseder, Juso-Stadtverbandsvorsitzender Manuel Schäfer, Unterbezirksvorsitzender Daniel Süß, Lukas Butterworth, Robert Pfannenstiel, Fatma Umul, Stadtrat Fritz Keller, Gülten Coskun und Geschäftsführer der Jusos Straubing-Bogen Marco Süß

Eines der Themen, die seit ihrer Einführung immer noch Aufsehen erregt, ist ALG 2 / Hartz 4. Leider ist der erforderliche Wissenstand der Bevölkerung immer noch nicht vollständig. Deshalb wurde eine Veranstaltung organisiert.

Zum Thema Mindestlöhne wurden einige Umfragen gemacht. Sowie die letzte von der ZDF-Politbarometer zeigten, dass die deutliche Mehrheit der Befragten für die Einführung der gesetzlichen Mindestlöhne ist. Dies wurde von der großen Koalition zwar nicht ignoriert, aber dennoch falsch entschieden.

Es sind bereits in bestimmten Wirtschaftsbereichen sowie im Baugewerbe Mindestlöhne eingeführt worden. Den-

noch braucht die Gesellschaft den Mindestlohn in allen Bereichen um die schlechte Bezahlung in vielen Branchen verhindern zu können. Die Ausnutzung der Zeitarbeiter sollte damit beendet werden. Die Jusos im Unterbezirk Straubing werden den Standpunkt „Gerechter Lohn für Gute Arbeit“ durch keinen Kompromiss ändern.

Stadtrat Fritz Keller früher Mitglied im Verwaltungsrat für Jugendfragen, informierte die Jungsozialisten vorerst über den Punkt Ausbildungsplätze. Er verglich den Mangel an Lehrplätzen von früher und heute. Anschließend referierte Fritz Keller über den Erfolg des Jugendparlaments den sie 1992 in Straubing gegründet hatten. Allerdings wurde dies im Laufe der Zeit nicht mehr organisiert. Er machte mit den Beteiligten einen kleinen Crash-Kurs auf die Organisation eines Jugendparlaments. Die Jusos beschlossen einstimmig, dass die Errichtung eines Jugendparlaments zu unterstützen bzw. ein solches zu gründen ist.

Der zweite Referent der Jusos war der Verwaltungsrat für Jugendfragen der Stadt Straubing und SPD-UB-Vorsitzender Peter Stranninger. „Ein klassisches sozialdemokratisches Thema ist eine funktionierende Bürgergesellschaft“, betonte Peter Stranninger. Dies soll durch eine Kombination zwischen Jugendlichen, Senioren, Arbeitslosen usw. erreicht werden. Der Antrag „Soziale Stadt ruft zum Handeln auf“ wird bereits aus dem Budget unterstützt. Das Programm ist in einem ersten Schritt gezielt auf den Süden der Stadt Straubings gerichtet. Mögliche Themen und Schwerpunkte dieses Plans sind Wohnbausanierung, Wohnumweltgestaltung und Aktivierung von Freiflächen.

Er sprach auch über die Jugend-Sozialpolitik der Stadt Straubing. „Der Bedarf an Kindergarten- und Hortplätze ist im bayernweiten Vergleich sehr gut bedeckt“, sagte Peter Stranninger bei seinem Vortrag. Seit 2001 kämpfen Wolfgang Pelka, Peter Stranninger und Berndt Uekermann unter dem Programm „Soziale Stadt“ unter anderem auch dafür, jungen Müttern die Möglichkeit geben zu lernen, wie sie mit ihren Kindern umzugehen haben. Das Ziel soll durch die Einrichtung von sog. „Elternhäusern“ erreicht werden.

Marco Süß,
Orga-Leiter, Jusos UB Straubing-Bogen

Beko 2007 - „Für ein besseres und gerechteres Bildungssystem in Bayern“

Der 25-Jährige Student Florian Seidl aus Hengersberg bleibt der Vorsitzende der Jusos Niederbayern. Bei der Bezirkskonferenz wurde er am Samstag im Gasthaus Straubinger Hof eindeutig in seinem Amt bestätigt. Der neue 15-köpfige Vorstand besteht aus sechs Frauen und neun Männern.

Bei der Bezirkskonferenz hatten die Jungsozialistinnen und Jungsozialisten in der SPD ein ausgefülltes Programm: neben den Neuwahlen des Juso – Bezirksvorstands und der Delegierten zur Juso – Landeskonferenz wurde vom späten Vormittag bis zum frühen Abend unter dem Motto „Klassenkrampf! – für ein besseres und gerechteres Bildungssystem in Bayern“ kontrovers und produktiv diskutiert.



1. Vorsitzender: Florian Seidl (DEG). Seine Stellvertreterinnen und Stellvertreter sind: Michael Adam (REG), Thomas Asböck (PAN), Julia Niemann (DEG), Katharina Eisenhut (SR), Daniel Süß (SR), Antonia Biller (DEG), Johanna Uekermann (SR), Christian Haas (PAN), Martin Oswald (DEG), Katja Ertl (DEG), Hannes Hügle (PA), Tobias Jobst (PAN), Florian Gams (PA), Katharina Schriefer (PA).

Im mit zahlreichen Gästen und Interessierten besetzten Saal des Straubinger Hofes durfte Florian Seidl, der alte und neue Vorsitzende der Jusos Niederbayern, den Juso – Landesvorsitzenden Thomas Goger, der den Jusos großen Dank für ihr Engagement im Kampf gegen Rechtsextremismus aussprach, sowie zahlreiche Funktionäre der SPD wie **MdB Bruni Irber**, **MdL Gudrun Peters** und **MdB Florian Pronold** begrüßen.

In ihrem Grußwort freute sich **MdL Gudrun Peters** über die vielen jungen Menschen, die sich engagieren und politisches Interesse zeigen. Im Hinblick auf das Thema der Konferenz bemängelte Peters, dass es in Bayern 20 000 Jugendliche ohne Ausbildungsplatz gäbe. Für diese Menschen müsse der Freistaat endlich eintreten. Laut Peters dürfe die bayrische Bildungspolitik nicht mit dem Ab-

schluss auf der Hauptschule, dem Gymnasium oder der Realschule enden, sondern solle auch die berufliche Bildung umfassen.

Florian Seidl blickte in seinem Rechenschaftsbericht auf ein erfolgreiches Jahr zurück. Durch Arbeitskreise zu den Themen Bildung und Ausbildung, Sozialstaat, Europa und Internationales, Umwelt und Wirtschaft und Arbeit wurde die inhaltliche politische Arbeit gestärkt und dabei Genossinnen und Genossen aus den verschiedenen Unterbezirken mit eingebunden. Auch die Zusammenarbeit einerseits mit den Untergliederungen und andererseits mit dem Landesvorstand ist positiv hervorzuheben. Im nächsten Jahr wollen die Jusos Niederbayern weiterhin viel Bildungsarbeit im Hinblick auf Gleichstellung der Frau und Kampf gegen Rechts-Extremismus leisten.

Zum Thema „Klassenkrampf! – für ein besseres und gerechteres Bildungssystem in Bayern“ referierte der Landesvorsitzende der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft **Helmut Oskar Brückner** über die Probleme des dreigliedrigen deutschen Schulsystems und die Vorteile einer Gesamtschule. Kritisiert hat Brückner die Selektion nach dem 4. Schuljahr.

Diese sei alles andere als pädagogisch, lern- oder entwicklungspsychologisch sinnvoll. Die Entscheidung für die Art der weiteren Bildung (Realschule, Hauptschule, Gymnasium) hänge meist vom Einkommen der Eltern ab. Je höher das Einkommen je Steuerpflichtigen, desto höher die Übertrittsquote ans Gymnasium. Je höher die Arbeitslosigkeit in einer Region, desto höher der Anteil an Hauptschülerinnen und Hauptschüler.

Um dieser Ungerechtigkeit entgegenzuwirken und die schlechte Stellung der Hauptschule zu verändern, fordert Brückner „Eine Schule für alle“. Solange hierarchische Schularten bestehen, beliebt auch die soziale Ungerechtigkeit. In einer Gesamtschule muss jedes Kind bestmöglich individuell betreut und gefördert werden. Vor allem am Beispiel Finnland werden die Vorteile einer Gesamtschule deutlich. Die Schulen haben große Freiheiten und die Lehrerinnen und Lehrer benoten nicht nur ihre Schüler anhand schriftlicher Ausführungen, sondern auch sich selbst hinsichtlich sozialer Kompetenz und Motivation. Die Lehrkräfte sollen den Kindern als Ansprechpartner und Betreuer dienen, nicht als Autoritätspersonen.

Nahezu identische Ansätze vertreten die Jusos in ihrem Leitantrag, den **Martin Oswald** verfasste. Neben der Selektion und Undurchlässigkeit, der Benachteiligung der Hauptschule und dem Zusammenhang zwischen sozialem Status und Bildungserfolg, wurde eine fehlende individuelle und ganztägige Betreuung angeprangert. Da die Jusos die Ursache für diese Bildungsungerechtigkeit vor allem in der Dreigliedrigkeit des Bildungssystems sehen, fordern sie die Abschaffung von Hauptschule, Realschule und Gymnasium zugunsten einer **integrierten Gesamtschule**, in der alle Kinder bis zur einschließlich 10. Klasse die gleiche Schulform besuchen.

Die Kinder müssen hinsichtlich ihrer Fächerkombination eine größere Wahlfreiheit haben, um ihre persönlichen Interessen und Talente zu fördern. Außerdem muss das Lernen in Kleingruppen oder Gruppenarbeit verstärkt werden und die Anzahl der Kinder in den Klassen verringert werden. Jedes Kind, egal welcher Hautfarbe, welcher Religion, welchen Geschlechts und welchem sozialen Status´ muss die Chance auf eine gerechte, solidarische und kostenlose Bildung haben.

Der Antrag wurde mit 34 Ja - Stimmen und vier Nein - Stimmen angenommen und wird jetzt an die Landeskonferenz weitergegeben.

Katja Ertl,
stellv. Juso-Bezirksvorsitzende

Rechte Symbole erkennen und die Träger mit Worten statt mit Fäusten bekämpfen

Aufklären und die Wahrnehmung schärfen - die **Jusos im Landkreis Regen** haben bei einer Informationsveranstaltung im Gasthaus Germania in Regen eingehend über Programmatik, Aktivitäten, Dresscodes und Symbole Rechtsextremer in Ostbayern gesprochen. Neben dem Vorsitzenden der lokalen Jusos, **Michael Adam**, konnte auch der stellvertretende Juso-Landesvorsitzende **Thomas Asböck** als Referent gewonnen werden.

„Rechtsextremismus ist kein abstruses Phänomen, das es nur irgendwo ganz weit weg in den neuen Bundesländern gibt“, erläuterte Juso-Geschäftsführer **Thomas Kaehler** zu Beginn der Veranstaltung, und dies sei der Grund, warum die

lokale SPD-Jugend sich mit dem Thema auseinandersetzen müsse. Der Blick in die Landkreise Deggendorf und Rottal-Inn, in denen die NPD immer mehr Anhänger fände, zeige deutlich, dass rechtes Gedankengut in Niederbayern auf fruchtbaren Boden falle. „Leider versucht die NPD momentan auch, niederbayernweit feste Parteistrukturen aufzubauen und ihre Aktivitäten auszuweiten. Es kann uns also auch hier im Landkreis Regen relativ schnell und unerwartet treffen“, warnte Kaehler.



Sie informierten über Programmatik, Aktivitäten, Dresscodes und Symbole ostbayerischer Rechtsextremer (von rechts): Stellvertretender Juso-Landesvorsitzender Thomas Asböck, Juso-Geschäftsführer Thomas Kaehler und Juso-Kreisvorsitzender Michael Adam. Mit im Bild: Juso-Kreisschriftführer Severin Adam. (Foto: Trum)

Juso-Kreisvorsitzender Michael Adam gab im weiteren Verlauf einen Überblick über die Organisationsformen Rechtsradikaler in Ostbayern. „Generell sind im rechten Milieu drei Hauptgruppen zu unterscheiden: Rechtsgerichtete Burschenschaften an Hochschulen, so genannte ‚freie Kameradschaften‘ und zuletzt die politischen Gruppierungen“, erläuterte der Politikwissenschaftsstudent.

Besonders bedenklich seien die Aktivitäten der zugelassenen Parteien „Die Republikaner“, DVU und NPD, da diese vom Verfassungsschutz als extrem nationalistisch, fremdenfeindlich und geschichtsrevisionistisch eingestuft würden. „Die NPD fordert beispielsweise die völlige Abschottung Deutschlands nach Außen, die Vertreibung der nichtdeutschen Wohnbevölkerung aus der Bundesrepublik und den Austritt unseres Landes aus internationalen Bündnissen“, führte Adam weiter aus.

Besorgniserregend sei darüber hinaus die Tatsache, dass NPD-Funktionäre mittlerweile auch gezielt an Jugendliche herantreten, wie etwa im Rahmen von Familienfesten und bei der Verteilung von so genannten „Schulhof-CDs“ im Landkreis

Rottal-Inn. Vorbei seien zudem die Zeiten, in den Neonazis mit Glatzen, Springerstiefeln und plumpen Parolen auftraten. „Moderne Nazis geben sich als harmlose Demokraten und versuchen sogar bei gewerkschaftlichen Demonstrationen mitzumarschieren“, berichtete Michael Adam von jüngsten NPD-Aktivitäten.

In seiner Präsentation mit dem Schwerpunkt rechte Dresscodes und Symbole ging **Thomas Asböck** auf den aktuell zu beobachteten Wandel der Außendarstellung rechtsextremistischer Gruppierungen ein. „Wenn ein junger Mann in einem Che-Guevara-Shirt auftaucht, schrillen bei den Wenigsten die Alarmglocken, doch auch dies kann ein Symbol von Rechtsradikalen sein“, erklärte der aus dem Landkreis Rottal-Inn stammende Juso den verwunderten Zuhörern. Gerade das Abbild des linken Freiheitskämpfers Che Guevara sei mittlerweile auch ein sehr beliebtes Motiv auf Nazi-Kleidung, sagte Asböck. Die Rechtsextremen sähen sich nämlich nach eigenen Aussagen wie der kubanische Revolutionär als Kämpfer gegen ein bestehendes System der Meinungsunfreiheit.

Veranschaulicht durch eine Power-Point-Präsentation stellte Thomas Asböck Kleidermarken vor, die zwar typischerweise von Rechten getragen werden, für Außenstehende allerdings völlig unverdächtig wirken. Neben „Thor Steinar“, die sich an die germanische Mythologie anlehne, würden die Marken „Lonsdale“ und „Consdaple“ oft so getragen, dass nur die Buchstaben NSDA beziehungsweise NSDAP sichtbar seien.

Auch Kleidung der Firma Fred Perry, ursprünglich vom gleichnamigen jüdischen Wimbledon-Star gegründet, liege bei Neonazis hoch im Kurs, da deren Markenzeichen ein Lorbeerkranz auf der linken Brust sei. „Bei der umgenähten Form der Rechtsradikalen sitzt der Kranz auf der rechten Seite und symbolisiert den Endsieg der arischen Rasse“, berichtete Asböck.

Letztlich existierten zahlreiche Symbole, die nur Szene-Insidern bekannt seien: „Symbole mit eindeutigem nationalistischem Bezug, wie etwa das eiserne Kreuz, das Hakenkreuz und der Gauwinkel sind nämlich teilweise verboten“, erklärte Asböck. Deshalb müssten Rechts-extreme auf alternative Zeichen ausweichen, um ihre Gesinnung auszudrücken. Beispiele hierfür seien unter anderem der Thorshammer, die weiße Faust, die die

Überlegenheit der weißen Rasse symbolisierte oder die Odalrune. Auch abstrakte Zahlencodes wurden oft verwendet: „Die Zahl 88 steht im rechten Milieu etwa für Heil Hitler, denn das H ist der achte Buchstabe im Alphabet“, so Asböck.

*Michael Adam,
stellv. Juso-Bezirksvorsitzender*

Jusos Deggendorf besuchten Konzentrationslager Auschwitz

Die Vergangenheitsbewältigung im Bezug auf die NS-Zeit ist kein abgeschlossenes Thema. Gerade in der heutigen Zeit, in der immer wieder rechtsradikale Stimmen erhoben und leider auch erhört werden, ist es wichtig, sich nach wie vor mit der schlimmen Vergangenheit Deutschlands auseinanderzusetzen. Nicht nur, um ein Wiederaufleben des Rechtsradikalismus zu verhindern, sondern auch, um dadurch unsere Demokratie zu schützen. Die Jusos Deggendorf nahmen aus diesem Grund im Juni an einer Fahrt nach Auschwitz teil, die von den Jusos Bayern organisiert wurde.



Zwei Tage lang wurden das Auschwitz I – Stammlager und das Lager Auschwitz II – Birkenau besichtigt. Birkenau war das größte Vernichtungslager der Nazis und brachte über einer Million unschuldigen Menschen den Tod durch Vergasung mit Zyklon B oder durch Vernichtung durch menschenunwürdige Zwangsarbeit.

Die Jusos **Johanna Ertl**, **Antonia Biller**, **Angela Rosenlehner**, die Kreisvorsitzende **Katja Ertl** und der Bezirksvorsitzende **Florian Seidl** waren erschüttert, so viele grausame Details aus dem Alltag der Gefangenen zu erfahren, die im Geschichtsunterricht nicht angesprochen werden. Des Weiteren hielt ein Zeitzeuge, der auch heute noch in der Umgebung von

Auschwitz wohnt, einen sehr interessanten Vortrag und erzählte von Widerstand und Korruption im Lager.

Antonia Biller kann abschließend sagen, dass „eine solche Art der Vergangenheitsbewältigung prägend und eine wichtige Erfahrung sei. Ich wünsche mir, dass die Jusos Bayern die Fahrt auch in Zukunft anbieten.“

Zur Abrundung der Fahrt verbrachten die Jusos noch einen Tag in Krakau, der ehemaligen Hauptstadt Polens. Dort wurden einige der wichtigsten Sehenswürdigkeiten, der Wawel, das jüdische Viertel und die Marienbasilika, besucht.

*Angela Rosenlehner,
Jusos Deggendorf*

Jusos Niederbayern auf Landeskonzferenz erfolgreich



Die Niederbayern-Delegation auf der Juso-Landeskonferenz in Ingolstadt.

Erfolgreich verlief die Juso-Landeskonferenz 2007 aus niederbayerischer Sicht. Der aus dem Landkreis Rottal-Inn stammende stellv. **Juso-Landesvorsitzende Thomas Asböck** (27) ist für ein weiteres Jahr mit **79 Prozent** der Stimmen in seinem Amt bestätigt worden. Seit 2006 vertritt Asböck die niederbayerischen Jusos auf Landesebene.

Mit großer Mehrheit haben die Delegierten in Ingolstadt auch den Antrag aus Niederbayern auf Einführung einer flächendeckenden **integrierten Gesamtschule** beschlossen. Unter dem Motto „**Klassenkrampf**“ fordern die bayerischen Jusos nun, das dreigliedrige Schulsystem abzuschaffen und durch eine durchgängige Schulart von der ersten Klasse bis zum berufsqualifizierenden Abschluss oder dem Abitur zu ersetzen.

Die Jusos versprechen sich davon die Beseitigung des massiven Selektions- und Leistungsdrucks auf die Jugendlichen und eine bessere pädagogische Förderung gerade auch für lernschwächere Schüler.



„Niederbayern – jawoi, des samma mia!“

Als Delegierte zum Bundeskongress 2007 wurden gleich im ersten Wahlgang vier Niederbayern gewählt: **Michael Adam** (Regen), **Thomas Asböck** (Rottal-Inn), sowie **Katja Ertl** und **Antonia Biller** (beide Deggendorf). Sie dürfen im November nach Wolfsburg fahren.

Ein Schwerpunkt der Landeskonferenz waren auch die anstehenden Kommunalwahlen. "Wir regieren die drei größten Städte in Bayern. Wir brauchen unser Licht nicht unter den Scheffel stellen", rief SPD-Fraktionschef Franz Maget den Delegierten unter großem Beifall zu. Die CSU sei verbraucht und nur noch mit sich selbst beschäftigt. „Nicht mehr mit Bayern und den Aufgaben, die sie bewältigen müsste“, sagte Maget.



Naaa... Wenn da mal nicht gemauschelt wird...

„Auch für Niederbayern ist die Marschroute klar“, erläuterte der niederbayerische **Juso-Vorsitzende Florian Seidl** am Rande der Konferenz. „Wir wollen mit Reinhold Perlak einen erfolgreichen SPD-Oberbürgermeister in Straubing halten

und den Passauer OB-Sessel wieder für die SPD zurückgewinnen.“ Wichtig sei ihm auch, viele junge Leute auf die SPD-Listen und in die kommunalen Parlamente zu bekommen. Es gebe bei den niederbayerischen Jusos viele junge Talente, die großes Potenzial hätten, betonte Seidl.

Thomas Asböck,
stellv. Juso-Bezirksvorsitzender

SPD-Nachwuchs fordert mehr Interesse für Jugendhilfepläne

Angesichts der positiven Entwicklungen im Bereich der Mindestlöhne und Jugendhilfeprogramme haben sie die **Jusos im Unterbezirk Straubing-Bogen** bei einem Treffen im Gasthof Geiss ein weiteres Mal mit dieser Thematik beschäftigt. In den vergangenen Wochen gingen die Jungsozialisten mit Infoständen zum Thema Mindestlohn an die Öffentlichkeit. Dabei wurden rund 200 Unterschriften zur Einführung von Mindestlöhnen gesammelt. Daher haben sich die Jusos entschlossen ihren nächsten Stand am 14. Juli in Bogen aufzubauen.

Bei dieser Gelegenheit informierte **Kreisrätin Rosi Deser** über die Kernsätze und die Ziele der Arbeitsgruppe für Jugendhilfeprogramme. Der **Jugendhilfeplan** wurde nach dem Bericht Rosi Desers zufolge der von der SPD-Kreistagsfraktion trotz Ablehnung vorgeschlagen und in die Wege geleitet wurde. Die Kreisrätin informierte über die Kernsätze der Jugendhilfepläne und meinte dazu: "Diese organisierten Pläne werden ein geeignetes Instrument für Familien in schwierigen Situationen darstellen. Die Haushalte des Landkreises und seiner Gemeinden werden durch vorsorgende Maßnahmen finanziell entlastet."

Mitglieder der Arbeitsgruppe sind Vertreter der Kreistagsfraktion sowie Rosi Deser, zwei Bürgermeistersprecher, Vertreter vom anerkannten freien Träger der Jugendhilfe sowie jeweils ein Vertreter des Kreisjugendringes und des Amtes für Jugend und Familie. Inzwischen ist sogar eine gut qualifizierte Halbtagskraft im Landratsamt eingestellt worden. Rosi Deser beschrieb die Ziele der Arbeitsgruppe so: "Sie wollen junge Menschen in ihrer individuellen und sozialen Erziehung fördern und dazu beitragen, Benachteiligungen zu vermeiden oder abzubauen. Eines ihrer höchsten Ziele ist es

die Kinder und Jugendliche vor Gefahren für ihr Wohl zu schützen. Dies ist am besten durch Förderung von Jugendarbeit zu verwirklichen. Die Förderung der Jugendarbeit wäre auch eine gute Prävention gegen Drogensucht und Kriminalität. Es soll ein möglichst wirksames, vielfältiges und aufeinander abgestimmtes Angebot von Jugendhilfeleistungen gewährleistet werden. Mütter und Väter sollten die Aufgaben in der Familie und die Erwerbstätigkeit besser vereinbaren können."



Diese Ziele würden nach Darstellung der Kreisrätin eine sehr intensive Vorgehensweise erfordern. Unter anderem müsse durch eine Sozialraumanalyse der Handlungsbedarf verdeutlicht werden. Deser klagte über das unwillige Verhalten des Jugendamtes: „Erst wenn die sozialen Brennpunkte identifiziert werden, können wir mit unseren Präventionsmaßnahmen beginnen.“

"Wir unterstützen die Jugendhilfepläne und wünschen der Arbeitsgruppe viel Geduld auf dem Weg zum Erfolg", gab der stellvertretende Unterbezirksvorsitzende und Juso-Stadtverbandsvorsitzender **Manuel Schäfer** der Kreisrätin mit auf den Weg.

Marco Süß,
Orga-Leiter, Jusos UB Straubing-Bogen

SPD-Frauen und Jusos im Landkreis Regen sammeln Unterschriften für Mindestlohn

Den Tag der Arbeit nahmen **SPD-Frauen und Jusos im Landkreis Regen** zum Anlass, im Regener Einkaufspark über ihre Forderung nach einem flächendeckenden Mindestlohn von 7,50 pro Stunde zu informieren. Am Infostand wurden auch zahlreiche Unterschriften für dessen Einführung gesammelt. Damit beteiligten sich die Sozialdemokraten an einer bundesweiten Aktionskampagne der SPD, die

aktuell unter dem Motto „**Lohndumping verboten! Für Mindestlöhne.**“ durchgeführt wird. „Leider sind Armutslöhne in Deutschland heute kein regionales oder branchenspezifisches Randproblem mehr“, begründete AsF-Vorsitzende Gerlinde Rein das gemeinsame Engagement. So seien statistisch gesehen hierzulande mehr als 2,5 Millionen Menschen arm, obwohl sie Vollzeit arbeiteten. „Es ist zutiefst unsozial, dass viele Menschen, die ganztags arbeiten, von ihrer Tätigkeit nicht einmal angemessen leben können. Deshalb fordern wir einen gesetzlichen Mindestlohn“, machte Juso-Kreisvorsitzender **Michael Adam** deutlich.

Ein trauriges Negativbeispiel sei vor allem das Friseurhandwerk, in dem für Waschen, Schneiden und Legen in manchen Gegenden Deutschlands lediglich 3,06 Euro pro Stunde gezahlt würden. „Am Monatsende bringt ein solcher Vollzeitjob gerade mal 492 Euro brutto ein – und bleibt damit noch unterhalb der Bezüge von Empfängern des Arbeitslosengeldes II“, so Michael Adam.



AsF und Jusos Regen bei der Mindestlohnkampagne im Mai.

Gerlinde Rein erläuterte den interessierten Passanten, worauf die Forderung nach 7,50 Euro pro Stunde beruht: „Der Brutto-Durchschnittslohn liegt in Deutschland derzeit bei etwa 2.880 Euro. Weniger als die Hälfte davon, also unter 1440 Euro, gilt statistisch gesehen bereits als Armutslohn.“ Um wenigstens ein existenzsicherndes Niveau von 1.250 Euro zu erreichen, müsse der Stundenlohn bei einer 38,5-Stunden-Woche mindestens 7,50 Euro betragen. „Diese Untergrenze halten wir keinesfalls für überzogen – im Gegenteil!“, führte Rein aus.

Michael Adam verteidigte den Mindestlohn gegenüber Kritik aus der Wirtschaft, wonach die angedachte Maßnahme Ar-

beitsplätze vernichte: „20 andere EU-Staaten haben Mindestlöhne bereits vor Jahren eingeführt und kein einziger von ihnen hat damit auch nur die geringsten Schwierigkeiten.“ Es dürfe nicht vergessen werden, dass ein Mindestlohn für die betroffenen auch mehr Kaufkraft bedeute, was wiederum die Binnennachfrage ankurble. Weiterhin sei unstrittig ist, dass Mindestlöhne zur Konsolidierung der Sozialversicherungssysteme beitragen, da Niedriglohnbeschäftigte bislang wenig bis keinen Beitrag zur sozialen Sicherung leisten könnten.

Auch DGB-Kreisvorsitzender Walter Kaehler besuchte den Infostand und machte deutlich, dass Gewerkschaften und SPD in dieser An-gelegenheit an einem Strang ziehen. Zudem machte der große Andrang am Infostand deutlich, dass das Anliegen breite Unter-stützung innerhalb der Bevölkerung findet. So trugen sich innerhalb kurzer Zeit mehr als 130 Passanten in die Unterschriftenliste für einen Mindestlohn ein.

Michael Adam,
Juso-Kreisvorsitzender Landkreis Regen

Tanktourismus: Scheuer stürzt ins Sommerloch

Zu den Vorschlägen des CSU-MdB Andreas Scheuer zum Tanktourismus erklärt der bayerische SPD-Landesgruppenvorsitzende Florian Pronold, MdB:

„Herr Scheuer treibt im Sommerloch eine altbekannte Sau durchs Dorf. Er kann nicht darüber hinwegtäuschen, dass die CSU trotz großmäuliger Ankündigung kein Mittel gegen den Tanktourismus zu bieten hat. Alles was ihm einfällt ist Abzocke mit der PKW-Maut und ein illegales Steuermodell, das in Italien gerade beendet wird. (...)

Beim Thema Tanktourismus führt die CSU die Menschen regelmäßig hinters Licht. Im September 2005 hat Stoiber angekündigt, dass das Problem bei einer Regierungsbeteiligung der CSU bis Weihnachten 2005 gelöst wäre. Im Juli 2006 hat die CSU eine Arbeitsgruppe Tanktourismus unter Leitung von Glos eingesetzt, die bis zum Herbst 2007 eine Lösung finden sollte. (...) Bis heute hat man von den Ergebnissen ihrer Arbeit nichts gehört. Auf dieser

Linie liegen auch Scheuers Vorschläge: Viel versprechen, nichts halten und die Schuld dann anderen in die Schuhe schieben. Mit seriöser Politik hat das nichts zu tun. Das ist ein tiefer Sturz ins Sommerloch.“

Florian Pronold, MdB

„Ziemlich blauäugig“ – Leserbrief von Thomas Asböck an die PNP:

„Es ist schön, wenn sich Abgeordnete Gedanken machen, wie das Problem mit dem Tanktourismus zu lösen wäre. Die Vorschläge von MdB Andreas Scheuer allerdings sind ungerecht und sie werden sicher scheitern. Eine PKW-Maut belastet insbesondere die Menschen hier im ländlich strukturierten Niederbayern. (...) Die PKW-Maut trifft Geringverdiener empfindlich stärker, als Besserverdiener. Wer mit seinem Ferrari über die Autobahn heizt, zahlt genauso viel wie der Lenker eines spritsparenden Kleinfahrzeuges. Ist das gerecht?

Die Rechnung, die Andreas Scheuer aufmacht, ist auch ziemlich blauäugig und zeigt, dass er die Gesetze des freien Marktes nicht verstanden hat. Würde der Staat tatsächlich Öko- oder Mineralölsteuern senken, hieße das noch lange nicht, dass Sprit in Deutschland substanziell und längerfristig billiger wird. Die Maßnahme würde nur den Spielraum der Mineralölkonzerne erhöhen, nochmals kräftig an der Preisschraube zu drehen. Warum sollte man da nicht ordentlich zulangen? Schließlich haben sich die deutschen Autofahrer mit Schmerzen ja schon an ein Preisniveau von gut 1,40 Euro je Liter Super gewöhnt. Scheuer könnte diese Preisrunden nicht verhindern. Im Endeffekt zahlen wir dann Maut und teuren Sprit. Mit solchen Vorschlägen stellt sich MdB Andreas Scheuer, genau wie mit seinem Verhalten bei der Abschaffung der Pendlerpauschale, wiederholt gegen die Interessen der Menschen, die ihn gewählt haben!“

Thomas Asböck,
stellv. Juso-Bezirksvorsitzender

IMPRESSUM

Jusos in der SPD, Bezirk Niederbayern

Obermaierstraße 4, 94315 Straubing

Internet: <http://www.jusos-niederbayern.de>

Email: mail@jusos-niederbayern.de

v.i.S.d.P.: Florian Seidl, Liesl-Kießling-Str. 20, 90763 Fürth

Redaktion: Thomas Asböck